

# Der irische Seanad verabschiedet „historisches“ Gesetz, um den Verkauf von Waren aus den besetzten Gebieten zu verbieten

Tánaiste\* bezeichnete den Gesetzentwurf als „rechtlich nicht fundiert und nicht umsetzbar“.

**Marie O'Halloran, irishtimes.com, 05.12.18**

Der Seanad hat Gesetze verabschiedet, welche die Einfuhr oder den Verkauf von Waren oder Dienstleistungen aus Siedlungen verbieten, die von den Vereinten Nationen und der Europäischen Union als illegal verurteilt wurden.

„Wir sind nicht verpflichtet, die faktische Annexion von Land zu akzeptieren“

Es gab anhaltenden Applaus und stehende Ovationen von Oppositionssenatoren, als das „Gesetz zur Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit in besetzten Gebieten“ ohne Abstimmung angenommen wurde, was die unabhängige Senatorin Frances Black, die sich für die Gesetzgebung einsetzte, als „historisch“ bezeichnete.

Irland ist der erste EU-Mitgliedstaat, der solche Rechtsvorschriften vorantreibt, aber sie müssen noch vom Dáil [Unterhaus des irischen Parlaments] eingeführt und verabschiedet werden, und selbst dann wird sich die Regierung wahrscheinlich weigern, sie umzusetzen. Die Regierung wurde in einer früheren Abstimmung darüber, ob der Gesetzentwurf zur endgültigen Prüfung angenommen werden soll, mit 28 zu 16 Stimmen überstimmt.

Der palästinensische Botschafter Ahmed Abdelrazek, Juristen, die an der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs mitgewirkt hatten, und die Trägerorganisationen Trócaire, Christian Aid und Ictu (Irish Congress of Trade Unions) gehörten zu denjenigen auf der Besuchertribüne, die die Verabschiedung des Gesetzes begrüßten.

## Nicht EU-kompatibel

Der Gesetzentwurf geht nun an das Unterhaus. Die Regierung bringt die Gesetzgebung im Unterhaus unwillig voran, aber Fianna Fáil hat angekündigt, dass sie das Gesetz Anfang des neuen Jahres einbringen wird.

Während das Unterhaus das Gesetz verabschieden könnte, sagte Simon Coveney von Tanaiste letzte Woche, dass er nicht in irgendetwas verstrickt werden wolle und „wir glauben nicht, dass es rechtlich fundiert oder umsetzbar ist“. Seine Worte wurden von Staatsministerin Helen McEntee bekräftigt, die vor der Verabschiedung des Gesetzes im *Upper House* erklärte, dass die Gesetzgebung gegen das EU-Recht verstoße, da Regelungen des Außenhandels unter die ausschließliche Zuständigkeit der EU fielen. Frau McEntee sagte, dass dies der „klare und umfassende Rat des Generalstaatsanwalts“ sei, dass das Gesetz nicht mit dem EU-Recht vereinbar sei. Kein anderes EU-Land zeigt bisher Interesse an einem ähnlichen Schritt, und die Regierung erwarte voll und ganz, dass der Europäische Gerichtshof den Gesetzentwurf als einen Bruch des EU-Rechts betrachten würde. Frau Black wies jedoch darauf hin, dass es Veröffentlichungen von „Top-Juristen in Europa“ gebe, die mit dem Generalstaatsanwalt nicht einverstanden seien.

Auch der unabhängige Senator und ehemalige Generalstaatsanwalt Michael McDowell meinte, er sei mit dem Rat des Generalstaatsanwalts nicht einverstanden, räumte aber ein, das es keine „unfehlbare Ansicht“ gebe.

Er betonte, dass der Gesetzentwurf „nicht gegen die Existenz Israels oder die Legitimität des israelischen Staates“ sei und hob hervor, dass viele Menschen in Israel die Gesetzgebung unterstützten. Das Völkerrecht müsse etwas bedeuten und „wir sind nicht verpflichtet, die faktische Annexion von Land zu akzeptieren“, sagte er.

### **Echte Bedenken**

Fianna Fáil, Seanad Sprecher der Außenministerin Ned O'Sullivan, sagte, er hoffe, dass die Verabschiedung des Gesetzes zu den Friedensbemühungen im Nahen Osten beitragen möge. Er würdigte die „echten Bedenken der Wortführer des israelischen Volkes, die berechnete Bedenken hinsichtlich des Gesetzes haben“. Der unabhängige Senator David Norris sagte: „Ich denke, es ist ein großer Tag für dieses Land, weil wir aus der Reihe getanzt sind und vielleicht nicht die einzigen bleiben werden.“ **Sinn Féin Senator Niall Ó Donnghaile verwies darauf, dass die Besetzung der Westsahara durch Marokko unter diese Gesetzgebung fallen könnte, die, wie Ms Black insistierte, auf jedes Gebiet anzuwenden ist, das nach dem Völkerrecht als illegal besetzt gilt.**

Labour Seanad-Chefin Ivana Bacik sagte, das Gesetz bedeute „ein Zeichen zu setzen“ und sei wichtig für den Weg zu einer Friedensinitiative. Trócaire-Chef Caoimhe de Barra fügte hinzu: „Es ist jetzt an der Zeit, dass die TDs (Abgeordneten) aus der ganzen Dáil-Kammer Stellung beziehen, indem sie Gesetze unterstützen, die den Frieden im Nahen Osten fördern“.

Übersetzung: R. Haeberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

[irishtimes.com/news/politics/oireachtas/seanad-passes-historic-bill-to-ban-sale-of-goods-from-occupied-territories-1.3721597](https://www.irishtimes.com/news/politics/oireachtas/seanad-passes-historic-bill-to-ban-sale-of-goods-from-occupied-territories-1.3721597)

\*Titel des irischen Vize-Ministerpräsidenten